

Eigenheimerverband Deutschland lädt Politiker zu Parlamentarischem Frühstück in Berlin ein und führt anschließend Mitgliederversammlung durch

Wohnungspolitik muss im Wahljahr aktiv betrieben werden

Mitglieder des Bundestages mit wohnungspolitischem Schwerpunkt waren der Einladung des Eigenheimerverbandes Deutschland zum jährlichen parlamentarischen Frühstück in die Bayerische Landesvertretung nach Berlin gefolgt und diskutierten am 23. März mit Vertretern der Mitgliedsverbände des Eigenheimerverbandes Deutschland wohnungspolitische Themen.

Heinrich Rösl, Präsident des Eigenheimerverbandes Deutschland, begrüßte die Abgeordneten und Mitglieder und stellte den Eigenheimerverband sowie dessen Aufgaben vor. Rösl: „Ganz besonders treiben uns derzeit die Themen Wohnbauförderungsgesetz, die Wohnimmobilienkreditrichtlinie, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer und Energetische Maßnahmen, die zu einer deutlichen Verteuerung des Bauens führen, um.“ Und weiter: „Wir gestalten aktive Lobbyarbeit in Berlin, um so die Interessen der Eigenheimer zu vertreten. Die Wohnungsproblematik in Deutschland kann nur gelöst werden, wenn mehr selbstgenutzter Wohnraum gebaut wird und die Bürger dabei in jeder erdenklichen Weise unterstützt werden.“

Er übergab das Wort an Sibylle Banner, Vizepräsidentin des Eigenheimerverbandes Bayern, die das Thema „altersgerechtes Wohnen“ aufgriff. Sie wies darauf hin, dass dieser Begriff nicht mehr zeitgerecht sei und in „familiengerechtes oder generationsgerechtes Wohnen“ umbenannt werden sollte. Nicht nur Senioren würden barrierefreies Wohnen benötigen, auch Familien mit Kindern sähen darin große Vorteile, so die Vizepräsidentin. Sie machte sich erneut dafür stark, das Thema der Formulierung voranzutreiben und alle Beteiligten (Architekten, Handwerker, etc.) an einen Tisch zu holen. „Hier sind wir auf Ihr Engagement angewiesen, denn dieses Bewusstsein sollte bei allen Bau- oder Modernisierungswilligen geschärft werden“, so Sibylle Banner.

Frank Behrend und Ralf Bernd Herden, Vizepräsidenten des Eigenheimerverbandes Deutschland, erläuterten im Anschluss die Positionen des Eigenheimerverbandes zu den Herausforderungen Wohnimmobilienkreditrichtlinie und Energetische Maßnahmen. Frank Behrend: „Die Umsetzung der europäischen Richtlinie wird in Deutschland deutlich restriktiver ausgelegt als es die europäischen Vorgaben vorsehen und sie führt derzeit dazu, dass junge und ältere Personen, die bauen oder renovieren wollen, keinen Kredit erhalten.“ Zusätzlich bekräftigte er die Forderung, dass WEG Verwalter eine Berufszulassung erhalten müssten und nur mit dieser tätig werden dürften. Ralf Bernd Herden bezog Stellung zum Thema „Energetische Maßnahmen“, wobei er besonders die Problematik „Windkraftanlagen“ herausgriff. „Bei regenerativen Anlagen müssen unbedingt wirklich nachbarschützende Mindestabstände eingehalten werden“, konkretisierte der Vizepräsident seine Forderung. „Weder die optische Belästigung, noch der ständige Geräuschpegel, noch die Infraschallbelastung darf Nachbarn angetan werden.“

Bei der anschließenden Diskussion zwischen Politikern und Verbandsangehörigen wurde einmal mehr deutlich, dass die Wohnungspolitik ein beherrschendes Thema in Berlin im Wahljahr ist. Durchgehend ist man in der Bundeshauptstadt der Meinung, dass bislang in diesem Arbeitsfeld zu wenig geleistet wurde und dass man sich um viele Unterpunkte dieses Themenkomplexes kümmern muss. Dabei müsse Wohnungspolitik mit Familienpolitik und anderen Ministerien eng verknüpft werden, Zuschüsse für generationsgerechtes Bauen müssten ebenso auf den Weg gebracht werden, wie eine Familienzulage oder ähnliche Modelle, um bauwillige Familien beim

Erwerb eines Eigenheimes zu unterstützen. Die Stärkung des Wohneigentums spielt für die Politiker eine große Rolle, da ein Eigenheim ein wichtiger Beitrag zur Rente ist. Die Felder Grundsteuer und energetische Maßnahmen nahmen einen großen Raum in den Diskussionen ein. „Wenn die Zinsen derzeit nicht so niedrig wären, dann gäbe es noch weniger Neubauten, denn die Auflagen bei den energetischen Maßnahmen und weitere Einschränkungen für Bauwillige würden dazu führen, dass Bauen, vor allem in den Ballungsräumen, überhaupt nicht mehr möglich ist“, so ein Politiker. In den nächsten Monaten wird klar sein, mit welchen Themen die Parteien in den Wahlkampf ziehen und es ist zu hoffen, dass sich darunter auch etliche wohnungspolitische Ideen befinden werden.

Über ein Thema konnte während des Frühstücks Positives berichtet werden: beim Einbruchsschutz wurde tags zuvor die Mindestinvestitionssumme von 2.000 Euro auf 500 Euro herabgesetzt.

Am Ende des Parlamentarischen Frühstücks und nach einer interessanten Diskussion zwischen den Parlamentariern und den Vertretern des Eigenheimerverbandes nahmen beide Seiten „Arbeitsaufträge mit nach Hause“. Auf Abgeordneten-Seite war man sich einig, dass der Eigenheimerverband Themen in die breite Bevölkerung tragen, Denken beeinflussen und Entscheidungen vorbereiten kann. Auf Seiten des Verbandes machte der Präsident des Eigenheimerverbandes Deutschland, Heinrich Rösl, deutlich, dass viele Positionen nur mit der Politik eingenommen werden und wohnungspolitische Themen nur gemeinsam in Zukunft positiv vorangetrieben werden können. In einer Sache war man sich absolut einig: Die Hin- und Herschieberei von Kompetenzen und Herausforderungen zwischen unterschiedlichen politischen Stellen muss aufhören und es muss schneller und flexibler auf die Anforderungen der Bau- und Wohnungsherausforderungen reagiert werden.

Im Anschluss an das Parlamentarische Frühstück fand die Mitgliederversammlung des Eigenheimerverbandes Deutschland im Bausparhaus in Berlin statt.

Nach einer Nachbereitung des parlamentarischen Frühstücks widmete sich der Verband auch intern den anstehenden Herausforderungen im Wahljahr und diskutierte über ein Positionspapier, in dem die Themen aufgegriffen werden.

Abschließend stand die Thematik Elementarschaden-Pflicht-Versicherung auf der Tagesordnung. Bayern hat nach aktuellen Meldungen die höchsten Unwetterschäden in Deutschland und eine vor kurzem veröffentlichte Statistik macht endgültig deutlich, dass das vergangene Jahr von Starkregen und Überschwemmungen jedweder Art geprägt war. Viele Eigenheimer haben jedoch keine Elementarversicherung, die solche Schäden abdeckt. Dies war Anlass, um in der Mitgliederversammlung über eine Elementarschaden-Pflicht-Versicherung nachzudenken und eine mögliche Umsetzung einer solchen Versicherung ins Auge zu fassen. Vizepräsident Ralf Bernd Herden verwies erneut darauf, dass durch den drohenden Klimawandel das Elementarschadensrisiko schon jetzt erheblich gestiegen sei. Dennoch ist man sich im Verband nicht sicher, ob eine Pflichtversicherung die gewünschten Ergebnisse bringt. Eine von der bayerischen Regierung im Sommer startende Kampagne zum Thema „Elementarschaden-Versicherung“ wird abgewartet, um bei der nächsten Mitgliederversammlung die Positionierung und weitere Vorgehensweise des Eigenheimerverbandes festzulegen.

Das laufende Jahr 2017 wird auch für den Eigenheimerverband Deutschland interessant werden, denn die nächste Regierung wird neue Ideen in Sachen Wohnungspolitik mitbringen. Es bleibt

zunächst abzuwarten, wie die Wahlprogramme aussehen und wieviel Wohnungspolitik darin enthalten sein wird.

Die nächste Mitgliederversammlung findet im Oktober 2017 in München und das nächste Parlamentarische Frühstück im März 2018 in Berlin statt.

Text und Fotos: Beatrice Wächter, Geschäftsführerin Eigenheimerverband Deutschland

BU1: Jeweils ein kurzes Referat wurde von Ralf Bernd Herden, Frank Behrend, Heinrich Rösl und Sibylle Banner zum Einstieg in das Parlamentarische Frühstück gehalten.

BU2: Präsident Wolfgang Kuhn und Vizepräsident Eppenich waren vom Eigenheimerverband Bayern vertreten.

BU3: Parlamentarier und Mitglieder des Eigenheimerverbandes waren der Einladung am frühen Morgen gefolgt.

BU4: Heinrich Rösl, Präsident des Eigenheimerverbandes Deutschland beim Frühstück mit Sibylle Banner, Vizepräsidentin des Eigenheimerverbandes Bayern